

GEMEINDEBRIEF

DER EVANGELISCHEN KIRCHENGEMEINDE BERLIN-BLANKENBURG

November – Dezember – Januar 2019



Wie geht es nun im „Blankenburger Süden“ weiter? *Interview mit Senatorin Katrin Lompscher am 20.09.2018*

Die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen Katrin Lompscher stand dem Gemeindebrief exklusiv für ein Interview zur Verfügung, Fritz Ehrhardt und Pfarrer Kühne sprachen mit der Senatorin.

Pfarrer Kühne:

Wir kommen von der Kirchengemeinde Blankenburg, unsere Dorfkirche liegt auf dem Dorfanger. Wir sehen uns natürlich auch in der Verantwortung für die Weiterentwicklung dieses Bereiches ‚Ortskern Blankenburg‘. Unsere erste Frage an Sie ist daher: Wie sieht Ihre Position im Hinblick auf die Anbindung des großen geplanten Stadtquartiers dort im Süden an das vorhandene historische Dorfzentrum aus. Es gibt Befürchtungen, dass es zu städtebaulichen Brüchen kommt, die auch für das Verhältnis der Alt-Blankenburger und Neu-Blankenburger nicht gut sind. Wie stehen Sie dazu?

Senatorin Lompscher:

Erlauben Sie mir bitte, dass ich als Stadtentwicklungssenatorin ein bisschen großräumiger einsteige. Berlin ist eine Stadt, die eine Zeitlang nicht gewachsen ist, nun aber seit zehn Jahren wächst. Vor diesem Hintergrund besteht politischer Konsens, dass die Stadt behutsam weitergebaut werden muss. Deshalb schaut man sich jetzt die Räume an, in denen solche Entwicklungen möglich sind. Zu diesen Räumen gehört auch der Berliner Nord-Ost-Raum. Dabei

muss man im Auge behalten, dass das Untersuchungsgebiet „Blankenburger Süden“ nicht nur eine Beziehung zum Blankenburger Ortskern, sondern auch zum Heinersdorfer Ortskern hat. Darüber hinaus gibt es Beziehungen zu Buchholz und in Richtung Malchow.

Wir bauen Berlin auf Grundlage eines Stadtentwicklungskonzepts behutsam weiter. Aufgabe eines solchen Konzepts muss es immer sein, die vorhandenen Identifikationsorte und Knotenpunkte mit zu berücksichtigen. Da das Projekt den schönen Namen „Blankenburger Süden“ trägt, soll es eine solche besondere Beziehung natürlich auch zum Blankenburger Ortskern geben. Deshalb wird die Frage nach der Anbindung absolut zu Recht gestellt.

Es wird in diesem Zusammenhang darum gehen, den Blankenburger Ortskern an das künftige Gebiet und an die Verkehrsstrassen in die Stadt besser anzuschließen. Um es konkret zu benennen, es geht um die Anbindung an die Nahverkehrsstrassen, um eine Verlängerung der Straßenbahn und um die bessere Anbindung zum S-Bahnhof Blankenburg. Und es geht auch darum, den Ortskern langfristig vom Durchgangsverkehr zu entlasten und damit seine Aufenthaltsqualität und seine Identifikationskraft zu stärken. Aus meiner Sicht ist bei den bisherigen öffentlichen Erörterungen nicht klar genug kommuniziert worden, dass wir uns, wenn wir die Stadt behutsam weiterbauen, selbstverständlich

an die vorhandenen Strukturen anschließen und sie in unser Konzept einbeziehen.

Pfarrer Kühne:

In diesem Punkt liegt natürlich genau das Konfliktpotential. Wir haben hier doch mehrere Akteure, die dabei sind, sich mit der Frage des Weiterbaus der Stadt genauer auseinanderzusetzen. Ich denke, für jeden vernünftig Nachdenkenden ergibt sich schnell ein Grundkonsens, dass die Stadt vernünftig weitergebaut werden muss, weil sie wächst. Die zentrale

sie zum Teil recht gegenläufige Interessen haben.

Uns interessiert im Moment vor allem der Stand des Planungsverfahrens. Derzeit laufen die vorbereitenden Untersuchungen. Daher fragen wir uns: Wann werden die voraussichtlich abgeschlossen sein? Und wann wird der Bestand grundstücksscharf ermittelt bzw. der Wert von Grund und Gebäuden bestimmt, die im Untersuchungsbereich liegen? Diese Fragen stellen sich derzeit viele Bürger in Blankenburg.



Senatorin Lompscher im Gespräch mit Pfarrer Kühne...

Foto: Dietl

Frage ist aber doch: Wie wird sie weitergebaut? Und das wird von den jeweiligen Akteuren aus der Verwaltung, aus der Politik und aus der Zivilgesellschaft sehr unterschiedlich beantwortet, da

Senatorin Lompscher:

Das kann ich gut nachvollziehen. Wir haben beim Blankenburger Süden die Öffentlichkeit bereits im März, und damit zu einem sehr frühen Zeitpunkt, in die vorbereitenden

Untersuchungen mit einbezogen.

Diese Untersuchungen haben die Aufgabe alle Sachverhalte zu ermitteln, die für die Entstehung eines neuen Stadtquartiers an dieser Stelle relevant sind. Da man hier ein außerordentlich großes und kompliziertes Untersuchungsgebiet von über 400 Hektar mit diversen „Sowieso“-Problemen hat - zu nennen sind hier die Verkehrsüberlastung und Infrastrukturdefizite - ist die Untersuchung aufwändig und kompliziert. Deshalb gehen wir derzeit davon aus, dass die erste Stufe der vorbereitenden Untersuchungen frühestens im Sommer 2019 abgeschlossen sein wird.

Danach wird dem Senat ein Vorschlag vorgelegt, wie die Untersuchungen weitergeführt werden sollen. Das kann mit einer veränderten Gebietskulisse oder mit konkretisierter Zielstellung erfolgen.

Erst auf dieser Grundlage werden dann die grundstücksscharfen Untersuchungen durchgeführt sowie die konkrete Betroffenheiten ermittelt, z.B. solche, die sich durch die Führung der Straßenbahn-Trasse ergeben.

F. Ehrhardt, Gemeinde Blankenburg:
Viele Bewohner der Erholungsanlage - und insbesondere die dortigen Grundstückseigentümer - sind sehr besorgt darüber, dass während der Informationsveranstaltung Anfang März geäußert worden sei, dass ihr Grund und Boden als Grünland im Außenbereich zu einem Preis von 5 Euro pro Quadratmeter

enteignet würde und sie dadurch einen Verlust in fünfstelliger Höhe erleiden werden, ...

Pfarrer Kühne:

... was für viele dem Verlust eines wichtigen Teils ihrer Altersversorgung gleichkäme.

Senatorin Lompscher:

Ich kann Ihnen versichern, dass eine solche Aussage nicht von einem offiziellen Vertreter des Landes Berlin getroffen worden sein kann, weil wir überhaupt noch nicht an der Stelle sind, wo wir solch konkrete Aussagen machen können.

Ungeachtet dessen besteht auch in der Erholungsanlage ein Entwicklungsbedarf. Dieser ergibt sich zum einen aus den Betroffenheiten durch die künftige Verkehrsanbindung und zum anderen aus Wünschen, die aus der Anlage selbst zum Thema dauerhaftes Wohnen vorgebracht werden. Gemeinsam mit dem Bezirksamt Pankow und der Erholungsanlage soll darüber ein gesonderter Diskurs geführt werden. Erst wenn dieser zu Ergebnissen geführt hat, können Fragen der Bewohnerinnen und Bewohner der Erholungsanlage seriös beantwortet werden. Deshalb ist es jetzt wichtig, Gerüchten wie dem von Ihnen genannten, deutlich entgegenzutreten und zu erklären, in welchen Prozessen und in welchen Zeitabläufen die anstehenden Fragen beantwortet werden können.

Weil uns bewusst ist, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der Erholungsanlage zu Recht

Antworten erwarten, haben wir mit dem Bezirk Pankow und mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz verabredet, dass wir noch vor Ende dieses Jahres Vor-Ort-Sprechstunden anbieten werden. Außerdem soll dort die Gelegenheit bestehen, die jeweiligen Planungsfortschritte zu erfahren und miteinander zu erörtern.

F. Ehrhardt, Gemeinde Blankenburg:
Wie werden die Sprechstunden vor Ort konkret aussehen? Wird es ein Büro am Dorfbauer in Blankenburg geben?

Senatorin Lompscher:

Ab Mitte November findet die Vor-Ort-Sprechstunde „Stadt behutsam weiterbauen im Blankenburger Süden“ in den Räumlichkeiten der Albert Schweitzer Stiftung (Alberts Wäscheservice) zweimal pro Woche statt, einmal als offenes Gesprächsangebot (Di) rund um die Planungen zum neuen Stadtquartier, einmal im Rahmen von Einzelgesprächen mit vorheriger, telefonischer Voranmeldung (Do).

Eröffnet wird dieses Informationsangebot am Freitag, den 16.11. in der Zeit von 18:00 bis 20:00 Uhr durch Staatssekretär Sebastian Scheel und dem Pankower Bezirksbaustadtrat, Herr Vollrad Kuhn sowie den Planerinnen und Planern des Projektes.

Pfarrer Kühne:

Der Investitionsschutz interessiert die Bewohner der Erholungsanlage natürlich in besonderem Maße. Wenn

ich richtig informiert bin, gibt es Bestandsschutzklauseln, die bis 2022 reichen. Vor diesem Hintergrund wünschen sich vor allem die älteren Bewohnerinnen und Bewohner der Erholungsanlage, dass ausreichend Zeit dafür vorhanden ist, um das gesamte Vorhaben wirklich gründlich diskutieren zu können, ohne dabei befürchten zu müssen, dass ihre Verträge zwischenzeitlich gekündigt werden. Denn dann würden sie nichts mehr mit ihrem Grund und Boden anfangen können, was für viele die Gefährdung ihrer Alterssicherung bedeuten würde. Wie stehen Sie zu dieser Frage?

Senatorin Lompscher:

Diesen Wunsch kann ich sehr gut nachvollziehen. Die Verträge hat allerdings der Bezirk Pankow mit den Mietern und Pächtern geschlossen. Wir sind deshalb mit dem Bezirk im Gespräch über einen strukturierten Weiterentwicklungsprozess. Das setzt jedoch voraus, dass zuvor bestimmte Rahmenbedingungen bekannt sind, z.B. in welche Richtung die Entwicklungswünsche innerhalb der Anlage gehen. Zudem muss klar sein, wo Betroffenheiten aufgrund künftiger Verkehrsstrassen bestehen. Erst wenn diese beiden Rahmenbedingungen geklärt sind, können die Verträge in der Erholungsanlage angepasst werden.

Pfarrer Kühne:

Es besteht aber die Sorge, dass den Bewohnern der Erholungsanlage die Zeit davonläuft bzw. dass am Ende die Ruhe fehlt, die man braucht, um die Punkte zu diskutieren, die Sie zuvor angesprochen haben. Wenn man die ganze Zeit befürchten

muss, dass im nächsten Jahr der Vertrag ausläuft, kann man nicht gut gemeinsam diskutieren. Kurz, es diskutiert sich anders, wenn man weiß, dass man bis 2030 Zeit hat.

befürchten, dass gebaut wird, bevor die bestehenden Verkehrsprobleme gelöst sind, und dass die Staus dann hinterher doppelt so lang sind. Was erwidern Sie diesen Bürgen? Und kann es passieren, dass die



... und Fritz Ehrhardt

Foto: Dietl

Senatorin Lompscher:

Die Verträge laufen nicht einfach aus, sondern sind mit Kündigungsfristen versehen. Uns ist aber natürlich bewusst, dass man rechtzeitig vor 2022 eine Botschaft zum weiteren Fortgang senden muss, daran arbeiten wir.

F. Ehrhardt, Gemeinde Blankenburg:

Viele Bürger haben Fragen zur Verkehrsplanung. Auch wenn wir wissen, dass Sie nicht für die Verkehrssenatorin sprechen können, bitten wir Sie hier um eine Antwort. Viele Menschen

gesamte städtebauliche Maßnahme noch daran scheitert, dass die Verkehrsverwaltung mit ihren Aufgabestellungen nicht hinterher kommt?

Senatorin Lompscher:

Auch als Stadtentwicklungssenatorin ist mir natürlich voll bewusst, dass wir eine integrierte Stadtentwicklung nur dann gewährleisten können, wenn zuvor alle damit verbundenen Fragen geklärt sind. Im Falle des Nord-Ost-Raumes, der weit über Blankenburg

hinausgeht, heißt das, dass die bestehenden Verkehrsprobleme entschärft werden müssen und dass es eine leistungsfähige, zusätzliche Verkehrsanbindung braucht. Man muss sich auch darüber Gedanken machen, wie der Verkehr der Zukunft aussehen soll. Ist er vorrangig aufs Automobil gestützt oder konzentriert man sich auf die Verbesserung der Nahverkehrsanbindung? In diesem Bereich haben wir derzeit ja nur die S-Bahn. Deshalb gehen die Planungen davon aus, dass wir als unbedingte Voraussetzung jeglicher städtebaulicher Entwicklung eine Verlängerung der Straßenbahn, mindestens bis Blankenburg, und eine Entschärfung bestehender Engstellen im Straßennetz benötigen. Die Verkehrsverwaltung arbeitet hier an entsprechenden Vorschlägen. Als Stadtentwicklungssenatorin sage ich ganz klar, dass wir ohne eine akzeptable Beantwortung der verkehrlichen Fragen die bauliche Entwicklung nicht vorantreiben werden.

F. Ehrhardt, Gemeinde Blankenburg:
In Berlin gab es in dieser Hinsicht in der Vergangenheit sowohl sehr positive als auch sehr negative Beispiele. Als sehr negativ wäre z. B. das Märkische Viertel zu nennen, wo der U-Bahn-Anschluss noch immer nicht realisiert ist. Als positiv wäre hier die bisherige Entwicklung in den östlichen Bezirken zu nennen, wo zuerst die Infrastruktur gebaut worden ist und dann die Wohnungen errichtet worden sind. Wäre das nicht der anzustrebende Weg für den „Blankenburger Süden“?

Senatorin Lompscher:

Meinetwegen brauchen Sie das überhaupt nicht so vorsichtig zu formulieren. Ich glaube, dass das genau der richtige Weg ist. Man muss zuerst oder zumindest zeitlich parallel die infrastrukturellen Voraussetzungen schaffen, erst dann kann man mit der baulichen Entwicklung beginnen.

Pfarrer Kühne:

In Bezug auf die Verkehrsfragen besteht aber auch noch folgendes Problem: Ihre Verwaltung ist eigentlich vorbildlich in dem Versuch, auf die Bevölkerung mit dem Prozess der Bürgerbeteiligung zuzugehen. Wir engagieren uns in diesem Prozess, weil uns das wichtig ist. Die seelische Gesundheit der Menschen vor Ort ist mir persönlich ein sehr wichtiges Anliegen. Und dazu gehört auch der Glaube daran, dass man etwas verändern oder bewirken kann mit seinem Engagement und dass die Stimme auch gehört wird, die man erhebt. Aber im Zusammenhang mit der Verkehrsverwaltung haben wir immer wieder frustrierende Erfahrungen gemacht. Bisher hat sich die Verkehrsverwaltung nämlich am Bürgerdialog praktisch nur in ‚homöopathischen Dosen‘ beteiligt. Was kann unternommen werden, um das zu verbessern?

Senatorin Lompscher:

Nach der Auftakt-Veranstaltung zu drei Entwicklungsalternativen im März dieses Jahres ist deutlich geworden, dass es zwischen dem Bezirk und den betroffenen Senatsresorts einer gemeinsamen Klammer bedarf. Deshalb haben



Foto: Dietl

wir eine Lenkungsrunde eingeführt, in der die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz sowie das Bezirksamt Pankow sich regelmäßig über den Fortgang der Ereignisse abstimmen, intensiv informieren und die Beteiligung der Öffentlichkeit koordinieren. Demnächst soll es eine Diskussion über eine großräumige Verkehrsstudie für den Untersuchungsraum und die daraus abzuleitenden Konsequenzen geben. Diese Arbeiten dauern naturgemäß länger. Wir sind hier aber bereits auf der Zielgeraden und werden sicherstellen, dass die unterschiedlichen Stellen des Landes Berlin sowie die Öffentlichkeit in den Prozess miteinbezogen werden.

Pfarrer Kühne:

Wir haben in dem Partizipationsprozess verabredet, dass es Werkstattgespräche geben wird. Zu diesem Zweck haben die Blankenburger Bürgerinnen und Bürger inzwischen Institutionen geschaffen, in denen sie sich mit den Sachfragen des Projekts befassen können. Es gibt z.B. den neu gegründeten Verein „Stadtentwicklung Blankenburg e.V.“ mit Herrn Runge als Vorsitzenden. Die Mitgestaltung der Werkstattverfahren steht für viele Bürgerinnen und Bürger ganz oben auf der Agenda. Es geht ihnen darum, sich mit inhaltlichen Beiträgen zu beteiligen. Dabei stellt sich allerdings vielfach das Problem, dass uns die fachplanerischen Ressourcen fehlen, um unsere Positionen argumentativ fundiert

miteinander diskutieren zu können. Sehen Sie Möglichkeiten, wie den Blankenburger Bürgerinnen und Bürger an dieser Stelle geholfen werden kann?

Senatorin Lompscher:

In dieser sehr komplexen Konstellation kommt dem Projektbeirat eine wichtige Rolle zu. Die Mitglieder können in das Verfahren z.B. entsprechende Wünsche, Anregungen und Vorschläge einbringen. Das finde ich nicht nur sinnvoll, sondern auch außerordentlich wichtig. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir, wenn die Grundfragen - also die „Sowieso“-Probleme wie die Infrastrukturdefizite und die verkehrliche Voraussetzungen - geklärt sind, auf dieser Basis besondere Verabredungen dazu treffen, wie die bürgerschaftlichen Beiträge qualifiziert unterstützt werden können.

Pfarrer Kühne:

Diese Probleme stellen sich derzeit auch schon bei den Verkehrskonzepten. Das Stichwort ist hier: „Trassenführung Tram“. Bisher werden die Trassenführungen grob mit Suchräumen definiert. Und diese Suchräume führen mitten durch die Erholungsanlage. Unsere Position ist, dass man auch Alternativen prüfen sollte. Das Stichwort ist hier: „Bahnhofstraße“. Das zeigt aber, dass auch bei der Diskussion des Verkehrskonzeptes ein planerisches Know-How erforderlich ist, um die Sachfragen auf einem angemessenen Niveau mitdiskutieren zu können. Gibt es hier Möglichkeiten für eine zeitnahe Hilfe?

Senatorin Lompscher:

Es gibt in Berlin verschiedene Partizipationsverfahren. So gibt es bei anderen Projekten beispielsweise so etwas wie Kontaktexperten, die von der Verwaltung bezahlt werden und die die Bürgerinnen und Bürger bei Fragen unterstützen können. Solche Hilfen kann man miteinander verabreden. Das geht aber nicht im Rahmen eines Interviews, sondern muss in und mit den zuständigen Projektgremien geklärt werden.

Pfarrer Kühne und F. Ehrhardt, Gemeinde Blankenburg:

Sehr geehrte Frau Lompscher, wir danken Ihnen ganz herzlich für Ihre Antworten und das interessante Gespräch!